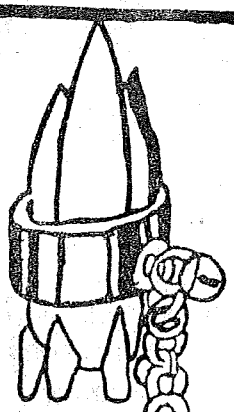


OFRI INTERN No. 4

3.2.82

INHALT: Friedensbewegung und Gewerkschaften - Stellungsnahme zum Artikel über Frauen in der OFRI - Vorschlag für eine Erklärung der OFRI zum Thema Totalverweigerung - Termine - AG-Berichte -

FR 4.2. Ausstellung "Graphik gegen Atomraketen", Dominikanerkirche, bis 28.2.

SA 6.2. Aktionskonferenz "Keine Atomwaffen in Europa", Bonn. wer mitfahren möchte bitte bei Otto Meyer oder M.Massarrat melden!

MI10.2. OFRI-Zwischenforum Lagerhalle, 19.30h Koordinationsausschuß

DO11.2. Vorbereitungstreff f. Friedenskulturfestival, Dominikanerkirche

SA13.2. Redaktionskonferenz f. BAF, was wird aus dem Kongres ?

FR12.2. "Heul mit den Wölfen" Antikriegstheater, Theaterwehr Brandheide, Lagerhalle 20 h

MO15.2. Redaktionsschluß f.OFRI-INTERN No.5

DI16.2. Film" War Game", Atlantis 2, 21.45 h

MI17.2. 19.30h OFRI-PLENUM Lagerhalle Film"War Game",s.o.

DO18.2. Film "War Game"s.o

OSNABRÜCKER FRIEDENS-INITIATIVE OFRI

2)

Heute im Plenum:

TOP I : Organisatorisches

TOP II: Fortsetzung der Diskussion über die Außenpolitik der BRD seit 1945

==========

Es existiert inzwischen wieder eine AG Öffentlichkeitsarbeit. Wir haben uns bislang zweimal getroffen und Möglichkeiten unserer Arbeit gesammelt.
Ein Schwerpunkt ist im Moment die Vorbereitung des "Osnabrücker Friedenskultursfestivals".
Wer Lust hat, bei uns mitzuarbeiten (möglichst regelmäßig und für längere Zeit) ist herzlich willkommen und zwar:
Freitags, 18.30h pünktlich im Haus der Jugend, Cafeteria.

Kontakt: Lioba Meyer: Tel 4 68 64
Renate Tel 43 43 83

Die AG "Zivilschutz" sucht noch Mitglieder!!!!!!
Kontaktadresse: Helmut Reichert
Tel: 78948

TERMINVORSCHAU

5.3. Diskussion Guha-Riemöller "Journalisten berichten über den Nachrüstungsbesch schluß
6.3. Frauentag i.d. Lagerhalle "Sind Frauen friedfertig?"
18.20.3. Bundeskongress autonomer Friedensinis in OS ?
4.-6.6. Friedenskulturfestival Osnabrück

Beiträge für OFRI-INTERN No 5 bitte an:
Angelika von der Assen
Augustenburgerstraße 20, Tel 42403
oder:
Norbert Heitkamp, Wersener Str .2

REDAKTIONSSCHLUß: MO 15.2. 82

Gerald 431592

Was machen die FRAUEN in der Ofri

Stellungnahme der Arbeitsgruppe "Frauen und Militär" zum Stadtblattartikel 1'82 "Frauen und Friedensbewegung"

Vor einem Jahr hat sich die Osnabrücker Friedensinitiative gebildet.
Wir verstehen uns als Teil der großen Friedensbewegung in der BRD und wollen gemeinsam mit Frauen und Männern unterschiedlicher Weltanschauung und Religion gegen den Rüstungswahnsinn kämpfen, über alternative Friedenskonzeptionen diskutieren und durch unsere Aktionen aktive Friedensarbeit leisten.

Wir Frauen in der OFRI kommen aus unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbereichen, haben unterschiedliche Qualifikationen und viele sind inzwischen zu den aktivsten Mitarbeiterinnen der OFRI geworden.
Wir arbeiten in fast allen AG's, sind an der Kongressvorbereitung beteiligt, leiten gelegentlich das Plenum und entscheiden mit über die Inhalte und Formen der OFRI-Arbeit.

Die Vorwürfe, daß die Männer das Plenum regieren oder fast ausschließlich in der Öffentlichkeit die Position der OFRI darstellen, scheint uns ungerechtfertigt. Das Plenum ist nicht repräsentativ für die OFRI-Arbeit und die im Plenum auftretenden Probleme sind nicht nur typische Frauenprobleme, sondern ebenso Probleme von Jugendlichen, älteren Menschen und neuen Interessenten.

Unsere Motive gerade in der OFRI zu arbeiten und nicht in schon bestehenden Friedensgruppen (z.B. DFG VK) oder in der DFI, die schon lange Aktionen zu dem Thema "Frauen in die Bundeswehr-Wir sagen NEIN" machen oder im Frauenzentrum sind sehr verschieden:
Bei einigen war es der Frust in politischen Gruppen über die Schwelle des Diskutierens nicht hinauszukommen und der Wunsch nach aktiver politischer Arbeit, einige wollten nicht mehr nur im Ghetto der Uni bleiben und neben der Hochschulpolitik noch mit anderen Menschen zusammen für eine politisch brisante Sache kämpfen, andere Frauen kamen, um sich zu informieren, und blieben, andere kamen mit Freunden usw..

Fortsetzung S.3

FRAUEN

Was wir Frauen gemeinsam haben, ist die Betroffenheit und der Wunsch, für den Frieden zu kämpfen. Viele Frauen in der OFRI kämpfen auch für die Sache der Frauen.

Für den Frieden kämpfen heißt für uns aber auch, sich immer wieder, auch im Plenum, für die Sache der Frau, wie auch gegen die Benachteiligung von älteren Menschen, Ausländern usw. einzusetzen.

Und nicht nur wir Frauen müssen lernen uns durchzusetzen und mutiger zu werden, sondern wir alle müssen lernen sensibel und konstruktiv miteinander umzugehen.

Wir sind uns darüber im klaren, daß trotz unserer aktiven Mitarbeit die Probleme der Frauen in politischen Gruppen nicht völlig aufgehoben werden.

Auch der tägliche "Krieg", den Frauen zu Hause und am Arbeitsplatz führen ist längst nicht beendet.
Wir arbeiten jedoch in der OFRI, um diese Kämpfe gemeinsam zu führen.
Sie schließen sich nicht aus.

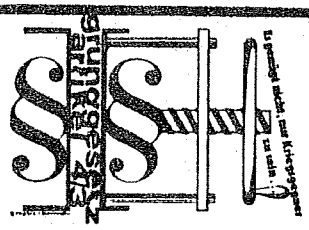
Gleichzeitig freuen wir uns und unterstützen auch alle Initiativen von Frauengruppen, die an diesen Problemen arbeiten.
Auch wenn wir uns für die Arbeit in der OFRI entschieden haben, sind wir nicht gegen "Blockbildungen", wie es einer Frau fälschlicherweise im Stadtblatt unterstellt wurde.

Laßt uns miteinander kämpfen, damit wir an Macht und Einfluss gewinnen!

Laßt uns daran arbeiten, den nächsten Krieg zu verhindern,

sonst werden wir ihn nicht überleben!!!!

Entwurf einer Erklärung der OFRI zur totalen Wehrpflichtverweigerung (Totalverweigerung) v. Norbert Heitkamp



Wir sind nicht das Volk, in dessen Namen Wehr- und Ersatzdienstverweigerer ins Gefängnis gesteckt werden!

Seit einigen Jahren nimmt die Militarisierung - nicht nur - der Bundesrepublik in ungeheuerem, nie gekanntem Umfang zu (mehrfache Vernichtungsmöglichkeit des gesamten Erdballs). Seit dem "Nach"rüstungsbeschluß und weiterer Aufrüstungspläne (Neutronenwaffen, Weltraumwaffen,..) und dem Bekanntwerden eigentlich undenkbarer strategischer Sandkastenspiele der Militärs und Eroberungspolitiker (begrenzter Atomkrieg in Europa, auf den Erdölfeldern Neutronenbomben,...) hat sich eine sehr deutlich wahrnehmbare Bewußtseinsveränderung in einigen Teilen der Bevölkerung vollzogen. Die Friedensdemonstration in Bonn am 10. 1o. 1981 war das vorläufig eindrucks- und wirkungsvollste Zeichen für diese Bewußtseinsveränderung: es wird als dringend notwendig angesehen, gegen die Wahnsinnspolitik der herrschenden Parteien und Politiker, der Militärs und Ministerialbürokraten aktiv und öffentlich Stellung zu beziehen.

Warum aber wehrt sich nur ein doch ziemlich geringer Teil der Bundesrepublikaner aktiv gegen die (Un-?) Verantwortlichen? Liegt es u.a. daran daß zu viele durch die "Schule der Nation", den Wehrdienst bei der Bundeswehr, gegangen sind? Führt die Militarisierung auch in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen zu Gewohnheitseffekte?

Bürger in Uniform, Bundeswehrkapellen als "lustige Musikanten" im Fernsehn, öffentliche Vereidigungen von Rekruten, Aufrüstung im Kinderzimmer, Jugendoffiziere in den Schulen .....Militär aller Orten! Mensch sieht's, Mensch findet sich ab...?

→ S 7

Arbeitsgruppe Gewerkschaft
in der
Osnabrücker Friedensinitiative

Thesenpapier zu Friedenspolitik und Gewerkschaften

Was ist von der offiziellen Friedenspolitik zu halten

Kriegsgefahr und Aufrüstung sind keine Produkte wahnsinniger Politiker oder von Mißverständnissen zwischen Regierungen, sondern planvoll eingesetzte Mittel der Staaten, um durch die politische Schwächung von anderen Staaten und/oder oppositionellen Bewegungen ihre eigene Herrschaft zu sichern und auszuweiten.

Nachdem die USA ihr absolutes Kernwaffenmonopol gegenüber der UdSSR verloren hatten, durch den verlorenen Vietnam-Krieg geschwächt waren, die Politik des "kalten Krieges" gescheitert war, gab es Vereinbarungen wie SALT I und in Deutschland im Gefolge die neue Ostpolitik als Versuch der friedlichen Aufteilung der Welt zwischen den Supermächten. Dieser Waffenstillstand galt aber nur solange bis die USA glaubten, durch verstärkte Aufrüstung, unter anderem durch die neuen Mittelstreckenwaffen, ihre Vorherrschaft über die Welt wieder herstellen zu können. Die Verhandlungen über den beidseitigen Abzug von Truppen aus Europa und über die Begrenzung strategischer Waffen sind trotz jahrelanger Dauer heute noch nicht abgeschlossen oder rechtswirksam. Stattdessen wurde eine Eingreiftruppe zur "Sicherung der Erdölreserven" im Nahen Osten aufgestellt; mit Wissen und Billigung der USA in der Türkei - als militärstrategisch wichtigem NATO-Mitglied - eine blutige Militärherrschaft errichtet. Großbritannien hält mit einer Bürgerkriegsarmee seit Jahren Nordirland besetzt, Frankreich entsendet gelegentlich Truppen nach Afrika, um seine Interessen zu schützen. Daß der Sowjetunion ein solches Verhalten nicht fernliegt, beweist ihr gewaltsames Eingreifen in und außerhalb der Länder des Warschauer Paktes.
Diese wenigen Beispiele sollen aufzeigen, daß die von allen Stellen propagierte "Friedenspolitik" nie den Frieden sichern kann, sondern nur ein Argument zur Verschleierung der eigenen aggressiven Außenpolitik ist. Deshalb kann sich die Friedensbewegung nicht darauf konzentrieren, die Politiker zu Abrüstungsverhandlungen aufzufordern, sie muß mittels der eigenen Kraft die Regierungen zwingen, nicht weiter aufzurüsten sondern abzurüsten.

Welches Interesse haben die organisierten Arbeiter und Angestellten am Frieden?

Die jetzige Welle der Nachrüstung trifft zusammen mit einer Krise der gesamten Wirtschaft und in ihrer Folge der Krise der staatlichen Finanzen. In dieser Konstellation werden die Rüstungslasten über die diversen Kürzungen im sozialen Bereich (wie z.B. Reduzierung der Krankenhauspflege bei Entbindungen von 10 auf 6 Tage; Senkung der Gehälter für Umschüler von jetzt 80 % auf 68 % des letzten Nettolohns; Erhöhung der Sperrfristen für Arbeitslosengeld von 4 auf 8 Wochen;Einfrieren der Ausbildungsbeihilfe; Kürzung des Kindergelds für das 2. und 3. Kind usw.) und darüber auf die "kleinen Leute" abgewälzt, daß z.B. keine oder zu wenig Gelder für ein Arbeitsmarktprogramm trotz 1,7 Millionen Arbeitsloser verhanden sind.
Auch wenn die organisierten Arbeiter und Angestellten heute zum größten Teil noch Arbeit haben, d.h. von einem Teil der Kürzungen noch nicht betroffen sind, so stellt die verstärkte Drohung mit der Arbeitslosigkeit und ihre materielle Folge ein Disziplinarmittel gegen die betriebliche Verteidigung ihrer Interessen dar und liefert die Möglichkeit zur Lohnsenkung.
Da die jetzt verstärkte Aufrüstung den Frieden nicht sichert sondern die Kriegsgefahr vergrößert, müssen die Arbeitnehmer sich die Erfahrungen der letzten beiden Kriege vergegenwärtigen. Sie waren es, die als einfache Soldaten das "Kanonenfutter" waren, ohne daß sie vom Krieg profitierten - sie hatten die Folgen des Krieges in erster Linie zu tragen.

Eine Begleiterscheinung der Hochrüstungspolitik ist der Verkauf von Waffen aller Art durch die Industriestaaten. Schaut man sich jedoch die Liste der belieferten Länder (Entwicklungsländer) und deren politische Verhältnisse an, so weiß man auch, daß die Waffen häufig dazu eingesetzt werden, um die Bevölkerung zu unterdrücken. Dazu gehört in erster Linie die Unterdrückung gewerkschaftlicher Organisierung,

→ 5

der Hebel, um die Interessen der arbeitenden Menschen durchzusetzen. Somit ist auch das Argument, daß Rüstungsindustrie Arbeitsplätze sichert, nur Schein, denn durch die Konkurrenz der Billiglohnländer, die nur durch die Unterdrückung der Interessen der Arbeiter möglich wird, wird es möglich, Arbeitsplätze aus der BRD zu exportieren.

Warum ist es für die Friedensbewegung so wichtig, die organisierten Arbeitnehmer zu gewinnen?

Wenn es richtig ist, daß wir nicht darauf warten oder hoffen können, daß die Politiker gleich welcher Nationalität oder Partei den Frieden mit ihren Mitteln sichern, auf der anderen Seite aber wissen, daß der Frieden nur politisch durchsetzbar ist, müssen wir die Kräfte einschätzen, die dazu in der Lage sind. Die Grundlage jeder politischen Ordnung und jedes Handelns ist und bleibt die Wirtschaft. Sie ist die Basis nicht nur der staatlichen Finanzen sondern die materielle Existenzgrundlage der Gesellschaft - ihre Erfordernisse nach einem von sozialen und konjunkturellen Krisen freien Ablauf beherrschen die staatliche Politik. Ende 1966 bezog die CDU die SPD im Rahmen der "Großen Koalition" freiwillig in die Regierung mit ein. Nur so wurde die Lösung der Wirtschaftskrise 67 möglich. Die konzertierte Aktion, Anfang 1967 aus der Taufe gehoben, war ein Instrument der Regierung, die Gewerkschaften auf ihre Wirtschaftspolitik zu verpflichten. Sie wäre, angesichts der traditionellen Bindung der Gewerkschaftsführung an die SPD ohne die Regierungsbeteiligung der SPD unmöglich gewesen. Gewerkschaften und Arbeitgeber sind in "Beratungsfunktion" bei fast allen Ministerien auf hoher Ebene tätig. Fast jährlich werden Milliardenprogramme zur "Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums" durch den Staat finanziert mit der Begründung, dadurch würden Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten.
Die Kontrolle über die Wirtschaft oder ihre Teile sichern einen überragenden politischen Einfluß. Als Bedingung politischer Wirksamkeit kommt jedoch hinzu, daß der Einzelne kaum eine Chance hat, Einfluß zu nehmen, d.h., daß wir uns an die in den Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer zu wenden haben.

Viele mögen jetzt darauf verweisen, daß die autonome Friedensbewegung und die Demonstration in Bonn trotz abwartender bis ablehnender Haltung der offiziellen Gewerkschaftsführung zustande kamen. Für sie ist die Friedensbewegung eine Bewegung, die, alle Bevölkerungsgruppen und politischen Überzeugungen umfassend, allein durch ihre wachsende Zahl zunehmend Druck ausüben wird. Besonders die Demonstration der zahlenmäßigen Stärke in Bonn hatte im wesentlichen zum Erfolg, daß die Diskussion um den Nato-Doppelbeschluß in allen Bereichen verstärkt aufgenommen wurde und alle gesellschaftlich und politisch relevanten Gruppen versichern, auch sie wollten den Frieden. Doch wie steht es um die Durchsetzung der konkreten Ziele, z.B. die Verhinderung der Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen in der BRD? Man kann einwenden, das sei ein zeitliches Problem. Aber ist es wirklich nur das oder muß sich die Friedensbewegung nicht fragen, worauf politischer Einfluß beruht? Kann die Friedensbewegung, wie sie heute konzipiert ist, eine eigenständige politisch organisierte Kraft darstellen?
Die Frage der Organisation der vielen, relativ unkoordiniert arbeitenden Initiativen läßt sich vielleicht trotz der Vielfalt der Vorstellungen lösen, jedoch die Frage nach dem politischen Druckmittel ist damit nicht beantwortet.

Nach der jetzigen Konzeption der Friedensbewegung kann staatliche Politik nur dadurch beeinflußt werden, daß man androht, massenhaft die Loyalität bzw. die Wählerstimmen zu entziehen.
Die Interessen und Probleme der Bevölkerung sind sehr vielfältig - Sorge um Arbeitsplätze, steigende Preise, Wohnraumnot, Schulprobleme und kulturelle Unterversorgung sind willkürlich gewählte Beispiele. Jeder einzelne ist von mehreren dieser Probleme betroffen. Um zu allen diesen Fragen Stellung nehmen zu können, sind die Leute auf Parteien mit einem umfassenden Konzept angewiesen, denn die Friedensbewegung (wie alle BI's) kann und will sich nicht als allgemeine Alternative präsentieren. Somit kann auch letztendlich eine Abkehr von den Bonner Parteien heute nicht erwartet werden; ein Konzept des politischen Sieges, basierend allein auf den besseren Forderungen zum Thema Frieden, muß scheitern.

→ 6

Eine andere Möglichkeit wäre es, die bereits politisch einflußreichen Parteien durch Mitgliedschaft und Einflußnahme auf die Ziele der Friedensbewegung zu verpflichten. Diejenigen, die sich Hoffnungen auf die Beeinflußbarkeit dieser Organisationen machen, sollten jedoch bedenken, daß alle Parteien in erster Linie andere Ziele verfolgen, d.h. sie werden den Mitgliedern, die in ihnen für den Frieden eintreten nur soweit Einfluß einräumen, als es ihren primären Zielen dient; nach außen die Ziele der Friedensbewegung nur soweit vertreten, als es nicht zu Konflikten führt (Hansen, Mechtesheimer).
Wie sehr eine Bewegung, die keine starke Verbindung zu den organisierten Arbeitnehmern hat, auf Dauer sich selbst schwächt, zeigt der heutige Zustand der Anti-AKW-Bewegung. Massendemonstrationen und Bauplatzbesetzungen haben sie groß gemacht, mangelnde soziale Verankerung in der Folgezeit führten zu der heute desolaten Situation.
Dieses sind keine Argumente gegen die Gewinnung von Mitgliedern aus allen Teilen der Gesellschaft für die Friedensbewegung durch Informations- und Aufklärungsarbeit, sondern soll nur aufzeigen, daß es entscheidend ist, den Einfluß der Friedensbewegung unter den organisierten Arbeitnehmern zu gewinnen.

Wie stehen nun die Gewerkschaften offiziell zur Friedensfrage: Das DGB-Grundsatzprogramm stellt fest, daß der Frieden eine elementare Voraussetzung für gewerkschaftliches Wirken und Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt ist. In einem eigenen Aufruf sehen der DGB-Bundesvorstand und die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften als Mittel zur Friedenssicherung die Aufforderung an die Regierungen, besonders die der Supermächte, zu verhandeln. Das Ergebnis soll ein annäherndes Gleichgewicht der Rüstung auf möglichst niedrigem Niveau sein. In der konkreten Frage der Unterstützung des Krefelder Appells durch Gewerkschaftler verbietet der DGB-Bundesausschuß Mitgliedern diesen dadurch zu unterstützen, daß man ihre Gewerkschafts-Mitgliedschaft oder gewerkschaftliche Funktion mit ihren Aktivitäten für den Krefelder Appell in Verbindung bringen kann. Als Begründung dafür dient die DGB-Forderung nach ausschließlich ausgewogener und beidseitiger Abrüstung - mit den SS 20 werden Pershing und Cruise Missiles gerechtfertigt. Hier wird von den Gewerkschafts-Mitgliedern ein Vertrauen in eine Politik gefordert, die Entspannung als taktischen Zug ansieht. Daß die Entspannungspolitik der SPD/FDP nur ein taktischer Zug ist, d.h. eine - verspätete - Reaktion auf die Verhandlungen der USA und der UdSSR seit 1963, und daher eine zumindest nicht nur freiwillige Abkehr von dem Gedanken der "Wiedervereinigung zugunsten eines lukrativen Osthandels, zeigt sich deutlich daran, daß Helmut Schmidt der Erfinder der Raketenlücke und damit Initiator der sicherlich nicht entspannungsförderlichen Nachrüstung ist. Wer in diesem Zusammenhang auf die Abhängigkeit der BRD von den USA verweist, möge den Beweis antreten, daß sich die Bundesregierung auch nur versucht hat, sich gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen zu wehren.
Die Interessen der arbeitenden Bevölkerung in anderen Ländern werden bei dieser Entspannungspolitik den guten Beziehungen zu den Regierungen untergeordnet (Haltung der BRD-Regierung und des DGB zu Polen). Als wichtigstes Mittel der Friedenssicherung werden Verhandlungen angesehen, deren Scheitern wieder einmal im voraus dadurch gerechtfertigt wird, daß die eine Seite behauptet, die andere wolle nicht abrüsten. Daß diese "Friedenspolitik Angestellte und Arbeiter gleichgültig läßt, ist nur zu verständlich.
Aufgabe der Friedensbewegung wäre es, ihre Vorstellungen unter den Mitgliedern der Gewerkschaften zu verbreiten und dadurch auch in die Gewerkschaftsorganisationen zu tragen.

Dazu bedarf es jedoch der Hilfe von möglichst vielen Mitgliedern der OFRI, um:

- Kontakte zu den verschiedenen Gewerkschaften herzustellen;

- Informationsmaterial zu erstellen;

- Veranstaltungen vorzubereiten.

Dies sind Aufgaben, die als nächstes zu erledigen sind, allein können wir das nicht schaffen.

Rudi, Rosi, Matthias

TOTALVERWEIGERUNG Fortsetzg. v. S.3

Am 13.4. 1978, also noch lange vor der Verabschiedung des Nato-"Nach"rüstungsbeschlusses am 12. 12. 1979, hat das Bundesverfassungsgericht eine weitere Weiche gestellt für die allgemeine gesellschaftliche Aufrüstung: Militarismus ein weiteres Mal selbstverständlicher als Antimilitarismus. Wehrpflicht ist alles, Friedenspflicht und Friedensarbeit fast nichts.

Es ging um den zivilen Ersatzdienst, der bisher 16 Monate dauert (Wehrdienstdauer 15 Monate). Laut dem Urteil des BVerfG darf der Ersatzdienst in Zukunft auch 24 Monate dauern. Er darf keine eigenständige Alternative zum Wehrdienst, muß also militärähnlich sein, und soll darüberhinaus zur lästigen Alternative - als ob er das nicht schon ewig ist - ausgebaut werden. Selbst waffenlosen Dienst in Kasernen sollen Kriegsdienstverweigerer demnächst leisten können. (Ab wann müssen sie es?) Ersatzdienst muß verlängert und noch militärähnlicher gemacht werden; getreu der Erkenntnis des Bundesinnenministers: "Die militärische Einsatzbereitschaft ist ..... ohne zivile Unterstützung nicht herstellbar." (Weißbuch zur zivilen Verteidigung, S. 12; 1972)

Gegen den Waffenwahn und Kriegsplanungsirrsinn, gegen abgestumpftes Bewußtsein und vor allem gegen den weiteren Ausbau des zivilen Ersatzdienstes zum paramilitärischen Dienst wehren sich seit langem schon, verstärkt aber seit dem BVerfG-Urteil vom April 1978 und dem Nato-Vorrüstungsbeschluß von 1979 (vgl. taz v. 13. 9. 1979, FR v. 31. 8. 78, Spiegel v. 12. 1. 81) Kriegsdienstverweigerer dadurch, daß sie zusätzlich zum Waffendienst bei der Bundeswehr auch den militärähnlichen zivilen Ersatzdienst verweigern.

Trotz Unterschieden in religiösen, politischen und weltanschaulichen Auffassungen handeln bzw. argumentieren sie in folgenden Punkten gemeinsam:

- o Sie sind konsequente Kriegsdienstverweigerer und gehen nicht zur Bundeswehr.
  Sie lassen sich aber auch nicht zum Ersatzdienst zwangsverpflichten, weil er militärähnlich ist, was ua. daraus ersichtlich ist, daß das Zivildienstgesetz größtenteils vom Wehrpflichtgesetz abgeschrieben ist.
  Durch ihre totale Wehrpflichtverweigerung machen sie schon jetzt deutlich, daß sie sich im sogenannten Verteidigungsfall nicht - wie es im § 79 ZDG vorgesehen ist - ziehen lassen. Sie lassen sich nicht "wehrüberwachen".
- o Sie arbeiten i.d.R. freiwillig in kirchlichen, sozialen und/oder politischen Projekten, weil sie der Meinung sind, daß zwangsverordneter Sozialdienst kein Friedensdienst ist. Das im ZDG geregelte Streik - und Demonstrationsverbot sowie das Befehl-Gehorsam - Prinzip machen sozialpolitischen Friedensdienst (konfliktaufdeckend und konfliktbeseitigend) unmöglich.
- o Ersatzdienstleistende sind billige Arbeitskräfte im Sozialbereich, die Arbeiten durchführen, die sonst qualifi zierte und dementsprechend teure Sozialpädagogen, Sozialarbeite usw. übernehmen müßten. NIcht selten werden Planstellen gestrichen und Ersatzdienststellen eingerichtet: die Arbeitslosenquote steigt, der Sozialetat sinkt, der Rüstungshaushalt,.....

siehe

AG's

AG Archiv u. Dokumentation
Monika Brinkwerth, Tel. 476 39

AG Gewerkschaften
Rosi Nünning, Tel. 4 13 06

AG Wie gehen wir mit der Kriegsgefahr um?
Harald Hoffmann, Tel. 6 29 29

AG Gewaltfreier Widerstand
Angelika von der Assen, Tel. 4 24 03

AG Schweigen für den Frieden
Iris, Tel. 43 22 34

AG Büchertisch
Joe Oehlmann, LotterStr. 117, Tel. 4 72 89

AG Geschichte der Friedensbewegung
Uwe Zagratzki, Tel. 54 99 4

AG Koordination des Kongresses autonomer Friedensinitiativen
Gaby Nickstadt, Tel. 2 84 26

AG Außenpolitik der BRD
Rolf Wortmann, Tel. 4 77 08

AG Frauen und Militär
Margot Hermanns, Tel. 6 2o 86

AG's

Arbeitsgruppe Theater

K.- adressen: Jochen, Tel.: o5424/ 37465

jürgen, Tel.: 433854

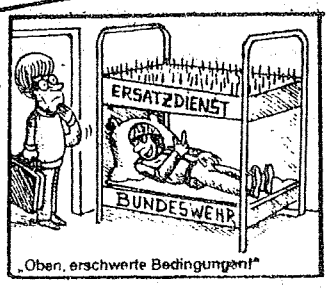
Treffen: Jeden Do. um 19.3o uhr

Ort: meistens privat, bei Interesse am besten telefonisch erfragen.

Die Gruppe wird in dieser Form noch ca. 2 Monate existiern, da ein Großteil der Leute im Frühjahr aus OS wegziehen wird, d.h., wenn die AG - theater auch weiterhin existiern soll, brauchen wir bald neue Mitspieler. Wir haben beschlossen, in den nächsten 2 Monaten primär für uns Theater zu spielen, um weitere Erfahrungen zu sammeln und etwas zu experimentiern. Dies wäre für neue Leute eine gute Gelegenheit, ins Theaterspielen einzusteigen und eine neue Gruppe mitaufzubauen, also meldet euch zahlreich.

Totalverweigerer ...

.... Fortsetzg v. S. 7



„Oben, erschwerte Bedingungen!"

Für ihre Analyse speziell des Ersatzdienstes und allgemein der bundesrepublikanischen "Sicherheits- und Verteidigungs-" Politik und vor allem für die sich daraus ergebende Konsequenz in ihrem persönlichen Handeln werden Totalverweigerer im Namen des Volkes zu Geld-, meistens aber zu Gefängnisstrafen verurteilt. (Praxis: bis zu einem Jahr, gesetzlich vorgesehene Höchststrafe: fünf Jahre)

Wir, die Mitglieder der Osnabrücker Friedensinitiative, sehen diese Verurteilungen und die ihnen vorausgehenden Militarisierungsbestrebungen - nicht nur - im zivilen Wehrersatzdienst als in höchstem Grade erschreckende Maßnahmen an, die durch nichts zu rechtfertigen sind; weder durch Hinweise auf die Gesetzwidrigkeit von Toalverweigerungen und Rechtstaatlichkeit der Verfahren noch durch Berufung auf sicherheits- und verteidigungspolitische Notwendigkeiten, die den Ausbau des zivilen Militärersatzdienstes angeblich unabdingbar machen.
Wenngleich wir die Totalverweigerung nicht als die einzig sinnvolle Reaktion von Wehrpflichtigen auf Wehr- und Ersatzdienstgesetzgebung und -praxis ansehen - vieles spricht auch für antimilitaristische Arbeit bei der Bundeswehr und im Ersatzdienst - sind wir doch der Überzeugung, daß der konsequente Widerstand der Totalverweigerer ein begründeter, gerechtfertigter und wichtiger Beitrag ist zu einer aktiv einflußnehmenden und widerstandsbereiten Friedensbewegung.

Verurteilungen von totalen Wehrpflichtverweigerern, das soll jeder Staatsanwalt und jeder Richter wissen, erfolgen nicht in unserem Namen.